Nr. 291 XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 24. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunft 50% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Widerstand gegen feindliche Angriffe auf dem östlichen Aisne-Ufer

Die französischen Kunstschätze von Cambrai, Lille, Douai, Valenciennes durch die Deutschen gerettet — Eine Note Tschitscherins über die Greuel der Tschecho-Slowaken — Wichtige Aenderungen in der sächsischen Regierung

Wandlungen

Wenn Wilson seine Ideale nicht preisgegeben, wenn er sie je besessen hat, wenn sie so aussehen, wie er selbst ihr Antlitz zeichnete, dann dürfte er nach der neuen deutschen Antwort, in der nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers nicht eine verdunkelte Falte übrig bleibt, nur den einen Wunsch haben, den Sieg seiner Weltanschauung zu vollenden, indem er der roten Sintflut Halt gebietet. Wer nicht zu den Schwächern gehört, die auch jetzt noch glauben, mit ihren schlecht genug von Armerfünderangst übermalten vaterlandsparteilichen Traktätchen und Aufrufen irgendetwas Nützliches zu wirken, wen dieser Dünkel der übeln Phrasendrescher vom Schlage Wildgrube nur mit Ekel erfüllt, wer das Unglück mit einigem Stolz zu tragen sich verpflichtet fühlt, kann wohl nichts andres tun, als mit zusammengebissenen Zähnen erwarten, was die Feinde durch den Mund Wilsons zu antworten haben. Aber daß die Gesellschaft, der wir zum schwersten, größten Teil alles Unheil zu verdanken haben, nicht einmal jetzt das Schamgefühl aufbringt, das ihnen den Mund verschließen müßte, wie uns die Bitterkeit schweigend warten macht, das hat fast etwas Verblüffendes an sich. So hält es der Sozialistenfresser Liebert für angebracht, in Dresden ausgerechnet jetzt zu reden. Wir haben ja hier eine Filiale der Vaterlandspartei, die mit aufreizenden Drucksachen und Hetzwaren übelster Art betrieben wurde von dem Schriftsteller Wilhelm Stücklen, der bei der reaktionären und alldeutschen Presse für die von der Vaterlandspartei bezahlten Hetzerzeugnisse würdige Gratisabnehmer fand. Glaubt etwa der General Liebert, sein Schützling habe ihm in Dresden, wo wir sein Auftreten schon in Friedenszeiten als ein sehr unglückliches gekennzeichnet haben, ein bequemes Bett bereitet? Dann irrt er. Sein Mut ist gewiß trotz allem würdiger, als das ins Mauselochkriechen seiner Anhänger, die uns mit lächerlichen anonymen Drohbriefen bedenken, im übrigen aber so still geworden sind, wie eben die Wildgrube, Stücklen und Genossen. Aber Herr Liebert täte gut daran, sich rechtzeitig darauf zu besinnen, wie sein Auftreten in diesem Augenblick wirken kann, da es die Vaterlandsparteifiliale in Dresden offenbar nicht fühlt, die in den dieser Partei zugehörigen Dresdner Blättern sagen läßt: „Mit Rücksicht auf das Thema, die Person des Vortragenden und die politische Lage dürfte auf weitgehendes Interesse zu rechnen sein. Es empfiehlt sich deshalb, die Eintrittskarten baldigst abzuholen." Wenn diese Empfehlung und die Veranstaltung nur für die Unheilbaren unter sich gelten sollte, so brauchte man sich damit nicht zu befassen. Daß aber gerade der General v. Liebert und gerade jetzt von der Vaterlandspartei und ihrer Presse als öffentlicher Redner nach Dresden geholt wird, bedeutet etwas andres als das Privatvergnügen einer Parteifiliale. Man wird sich unter solchen Verhältnissen wohl noch mit diesem politischen Vorgang zu beschäftigen haben.

Es gibt allerdings in Sachsen und Dresden wichtigere Vorgänge. Die „Sächsische Staatszeitung" veröffentlicht die folgende knappe Meldung über einen Kronrat: „Unter dem Vorsitze Sr. Majestät des Königs und in Gegenwart Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen fand heute eine Sitzung im Gesamtministerium statt. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die künftige Gestaltung der Regierung. Se. Majestät der König behielt sich die weitere Entschließung vor." In eingeweihten Kreisen gilt es als zweifellos, daß die Minister v. Seydewitz und Dr. Beck bereits ihr Abschiedsgesuch persönlich ausgesprochen haben, da sie mit den Reformvorschlägen, die der Minister des Innern Dr. Graf v. Vitzthum empfiehlt, begreiflicherweise nicht einverstanden sind. Graf Vitzthum vertritt den Standpunkt, der in unserm Artikel „Sachsen am Scheidewege" gekennzeichnet war. Er glaubt an die Notwendigkeit, Parlamentarier, die das besondere Vertrauen des sächsischen Volkes besitzen, in die Regierung zu berufen. Er tritt ferner, wie wir hören, für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach dem Proportionalwahlsystem ein.

Die Minister (und wohl auch die hohen Ministerialbeamten?), die nach ihrem ganzen Vorleben sich als entschiedene Gegner dieser Reformpolitik auch gestern noch bekannt haben, ziehen nun die Konsequenzen. Ihr Abgang dürfte um so schneller erfolgen, als sie von ihrer Partei im Stiche gelassen werden. Die sächsischen Konservativen haben sich über Nacht entschlossen, für das gleiche Wahlrecht ohne jede Einschränkung einzutreten, während sie noch vor Wochen jede Reform ablehnten. Wieviel freudige Volkskraft mußte versiegen, um die Privilegierten zu einer Einsicht zu bringen, die zu spät kommt, um das Vergeudete wiedereinzubringen! Immerhin vollzieht sich das Unabwendbare, wie es scheint, in Sachsen weniger häßlich und mit geringeren Schmerzen als in Preußen, wo das Herrenhaus noch bis zuletzt mit seinen senilen Mätzchen nur Wasser auf die Mühlen der Unabhängigen Sozialdemokraten trieb.

Es wird sich bei dem Kapitel Erste Kammer zeigen, wie weit die neugewonnene Einsicht der Konservativen ausreicht. Auch hier werden sie Opfer bringen müssen. Versöhnlich könnte es wirken, wenn sie sie bringen, ehe sich die unumgänglichen Tatsachen über ihren Widerstand hinweg vollziehen. Die Kraft, die uns in inneren Kämpfen erspart bleibt, muß notwendig dem Staatskörper für die schweren Tage zugute kommen, die wir alle zu überwinden haben werden, wie immer die Antwort aus Washington ausfallen mag.

Arbeiten und nicht verzweifeln, heißt die Losung. Man schiebe nicht auf, was getan werden muß! Höre nicht auf Schwätzer und Aufrufemächler! Am wenigsten auf die Leute, die jetzt noch „Vaterlandspartei" machen. Mit ihren höchsten Führern werden wir uns erst ernstlich wieder beschäftigen, wenn der Staatsgerichtshof, den Prinz Max gestern ankündigte, errichtet, wenn die drohende Kriegsflut abgedeicht ist. Bis dahin gilt es, ganze, gute Arbeit zu schaffen. Die muß kommen aus dem Zusammengehen aller freiheitlichen Parteien, das nun auch in Sachsen gesichert ist.

Der Meinungsaustausch der Gegner

Wie der Reichskanzler schon in seiner gestrigen Reichstagsrede auseinandersetzte, ist das Schicksal der deutschen Antwortnote an Wilson noch völlig ungewiß. Die englische Regierung ist in ihren Aeußerungen noch sehr zurückhaltend. Unmittelbar nach Empfang der deutschen Antwortnote hat ein englischer Ministerrat stattgefunden. Nach einer Meldung aus Amsterdam soll die offizielle Ansicht des englischen Auswärtigen Amtes dahin gehen, es sei zunächst an dem Präsidenten Wilson, sich mit der Note zu beschäftigen, um zu entscheiden, ob sie den Verbündeten mitgeteilt werden müsse. Ehe dieses Stadium erreicht sei, erscheine es nicht wünschenswert, irgendeine amtliche Erklärung abzugeben. Reuter, der im übrigen alle Mittel der Stimmungsmache spielen läßt, geht noch einige Schritte weiter und gibt als die Ansicht der maßgebenden Kreise das Folgende an:

„Die deutsche Note nimmt an, daß Wilson nur die Räumung der besetzten Gebiete gefordert hat. Die Deutschen geben immer noch von dieser Annahme aus. Das ist aber nicht der Fall. Dies ist ein Punkt, der ganz klargestellt werden sollte. Die Freiheit der Meere, wie sie von den Deutschen verstanden wird, kann Großbritannien überhaupt nicht annehmen. Es gibt noch verschiedene Marinefragen, die der Aufklärung bedürfen. Andre Punkte, die bisher noch nicht berührt wurden, umfassen auch die Frage der Entschädigung und der Wiederherstellung."

Die englische Hetzpresse kennt in der Beschimpfung Deutschlands natürlich wieder keine Grenzen. Daß sie — ebenso wie die französischen Chauvinistenblätter — die völlige Kapitulation Deutschlands verlangt, ist bekannt. In diesem Sinne sagt „Daily Expreß": „Die Unterhandlungen sind eröffnet, die Niederlage stillschweigend anerkannt, der Wunsch nach Frieden ausgesprochen und mit Nachdruck wiederholt. Jetzt ist es Aufgabe der Regierung, zu entscheiden, ob Deutschlands Wille zum Frieden so stark ist, daß es bereit ist, den Preis zu bezahlen, den die Alliierten verlangen, und für den sie vier Jahre gekämpft haben. Deutschland muß sich jetzt an Foch wenden." Die „Morning Post" spricht von der Unverschämtheit der Räuber, Plünderer und Seepiraten, die jetzt „in brutaler Art" eine Kommission zur Untersuchung vorschlagen. Die „Times" meinen, Deutschland habe wieder geantwortet, um keine Antwort zu geben. Was man auch sagen möge, die Bedingungen der Entente für einen Waffenstillstand oder Frieden seien nicht geändert. Faßt man alles zusammen, so scheint sich die englische Presse an ein ausgegebenes Stichwort zu halten, nach dem unsre Note als unklar hingestellt wird, die nur die Absicht habe, die Aussprache mit Wilson ins ungewisse hinein zu verzögern. Gegen diesen angeblichen Versuch wende sich England, das schnell Klarheit wünsche, während doch der Fall umgekehrt liegt insofern, als die englische Presse im Einverständnis mit den leitenden Kreisen alles tut, um die endgültige Aufnahme der Friedensbesprechungen hinauszuschieben. Trotzdem scheint man in Ententekreisen mit einer möglichen

Erörterung der Waffenstillstandsfragen

zu rechnen und auch hierfür Vorbereitungen zu treffen, wie überhaupt die letzten Meldungen nicht mehr ganz so abweisend klingen. Aber sie geben auch anderseits noch keinen Grund, auf einen Umschwung der Meinungen im feindlichen Lager zu hoffen:

z. Genf, 23. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" meldet: Die Alliiertenkonferenz in Versailles ist in die Beratungen der Waffenstillstandsbedingungen eingetreten für den Fall, daß die Annahme der Anträge des Feindes jetzt durch Wilson erfolgen sollte. Die Beratungen sollen bis Sonnabend dauern. An ihnen nehmen Foch und Haig persönlich teil.

*** Haag, 23. Oktober. Aus London wird dem Hollandsch Nieuws Bureau gemeldet: Noch vor Deutschlands Erklärung, daß es einverstanden sei, die Bedingungen des Waffenstillstandes durch militärische Behörden regeln zu lassen, hatte die britische Regierung nach einer Meldung der „British News" schon die Ansichten ihrer Führer von Heer und Flotte eingeholt. Die Admirale Beatty und Wemyß im Namen der Admiralität, die Generale Haig und Henry Wilson im Namen des Generalstabes sollten die Verhandlungen übernehmen, falls die Regierung zum Waffenstillstand entschlossen sei.**

r. Rotterdam, 23. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die Londoner „Times" schreiben über die Aufnahme der deutschen Note an der Londoner Börse: Die Note wird als Fortschritt der Friedensaussichten betrachtet. Man glaubt aber allgemein nicht, daß sie nun sofort den Frieden bringen wird. Inzwischen weisen die Tendenzen der Börsennotierungen keine wesentlichen Abweichungen von den vorausgegangenen Tagen auf. Verschiedentlich erfolgten Notierungen auf Valuten der feindlichen Mächte, ohne daß jedoch effektive Abschlüsse hierin getätigt wurden.

r. Rotterdam, 23. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily News" veröffentlichen einen Artikel Lord Lansdownes, zur neuen deutschen Note, der die Erwartung ausspricht, Wilson möchte die Alliierten veranlassen, nunmehr in Beratungen für die Beendigung des Krieges einzutreten. — Nach Reuter erklärte Lord Lansdowne in einem Pressegespräch zur deutschen Note u. a.: „Die Lage ist kritisch. Wir müssen besonnen vorgehen und nichts dem Zufall überlassen. Wilsons Behandlung des Falles war sowohl klug wie energisch. Wir können ihm vertrauen, daß er alles vermeiden wird. Vor allem ist es notwendig, daß keine Konzessionen gemacht werden, die irgendwie die Kraft der überlegenen militärischen Stellung beeinträchtigen würden." Wegen der Veränderung der Regierungsform in Deutschland sprach Lansdowne seine Zustimmung zur Rede Lord Milners aus.

z. Genf, 23. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Herald" meldet aus New-York: Die Auffassung über die neue deutsche Note ist in Oeffentlichkeit und Presse geteilt. Der Präsident wird erst antworten, wenn er sich mit den Alliierten ins Einvernehmen gesetzt hat.

* Bern, 23. Oktober. Die „Times" melden aus Washington, daß die Aeußerung des Präsidenten Wilson in seiner New-Yorker Rede zur Freiheitanleihe über die Notwendigkeit einer soliden politischen Front die Erwägungen ausdrücke, mit denen sich Wilson augenblicklich beschäftigt. Außer dem permanenten Rat wurden noch andre Mittel erwähnt. Jedenfalls sei sicher, daß im Augenblick, wo über ernste Friedenspräliminarien verhandelt wird, Wilson von der persönlichen Führung der Angelegenheit, wie er sie beim Gedankenaustausch mit Deutschland beobachte, absehen werde.

Dieser Bericht der „Times" erweckt fast den Eindruck, daß dem Präsidenten Wilson nahegelegt werden soll, seine augenblickliche Führung in der Friedensangelegenheit nur als eine provisorische anzusehen und nicht etwa mit einer dauernden Leitung zu rechnen.

*

In Erwartung der Antwort

✕ Haag, 22. Oktober

„Het Vaderland" schreibt zur deutschen Antwort an Wilson: „Was kann Wilson, wenn er seiner Haltung, die er in seiner ersten Antwort eingenommen hat, treu bleiben will, jetzt noch für Bedingungen stellen für einen Waffenstillstand haben, oder wird er den Sinn seiner Antwort an Oesterreich weiterschreiten und jetzt erklären, daß seine Bedingungen vom Januar und was er weiterhin in Reden erklärt hat, nicht mehr seine Bedingungen seien und daß Deutschland auch mit dem zufrieden sein möge, was er jetzt in die Bedingungen hineinlegt? Wir hoffen auf den Frieden und haben das Vertrauen zu Wilson, daß er das nicht tun wird."

*

Die Hoffnung des Königs Nikolaus

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Zürich, 23. Oktober

„Corriere della Sera" meldet: Der König von Montenegro ist in Korfu eingetroffen. Die montenegrinische Regierung rechnet mit einem nahen Frieden und mit der Wiederaufnahme der montenegrinischen Exekutivgewalt.

König Albert in Brügge

* Haag, 23. Oktober

„Het Vaderland" meldet von der holländischen Grenze, der König und die Königin der Belgier und Prinz Leopold haben am Montag ½12 Uhr ihren Einzug in Brügge gehalten. Sie fuhren im Auto nach dem Rathause, wo der König vom Balkon aus eine Ansprache hielt, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Als der König am Donnerstag in Ostende einzog, wurde er und der englische Admiral auf den Schultern in das Rathaus getragen.

Dem „Nieuwe Courant" wird von der holländisch-belgischen Grenze berichtet: Brügge ist in den letzten Tagen, als deutsche Truppen, von der Küste kommend, sich dort versammelten, von Fliegerbomben der Alliierten schwer beschädigt worden.

Den Blättern zufolge sind heute wieder einige Tausend Flüchtlinge über die belgische Grenze gekommen.

Die Rückkehr der Belgier in die Heimat

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 23. Oktober

Laut „Osservatore Romano" erhielt der Papst durch den Kardinal Mercier den Text der Zuschriften von der Lanckens, worin die Rückkehr der deportierten Belgier und die Freilassung der politischen Gefangenen für heute angekündigt wird. Der „Osservatore Romano" führt diese Maßnahme sowie die Schonung der aufgegebenen belgischen Orte auf die Vorstellungen des Papstes zurück. (k.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181024/1